

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 26. Mai 2025 / SO
20250602_VL_Erwerbstätigkeit_d

Elektronischer Versand: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S und Zulassungserleichterungen für in der Schweiz ausgebildete Drittstaatsangehörige: Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, des Asylgesetzes, der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit sowie der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Die FDP.Die Liberalen begrüsst die Bestrebungen des Bundesrates, das Potenzial von Geflüchteten mit Schutzstatus S zu mobilisieren und gleichzeitig in der Schweiz ausgebildeten Fachkräften den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Eine zeitgemässe Migrations- und Arbeitsmarktpolitik setzt auf Eigenverantwortung, rasche Integration und die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts.

Wir unterstützen die Umwandlung der Bewilligungspflicht in eine Meldepflicht für Erwerbstätige mit Schutzstatus S, da sie Bürokratie abbaut und raschen Marktzugang ermöglicht. Zugleich sind präzise Definitionen der Erwerbstätigkeit und verstärkte Kontrollen nötig, um Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit zu verhindern. Die Meldepflicht bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung schafft günstige Voraussetzungen für gezielte Beratung, sofern Bund und Kantone die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Die Möglichkeit eines Kantonswechsels bei nachhaltigem Arbeitsverhältnis oder unzumutbar langen Pendelwegen erhöht die Mobilität, birgt jedoch das Risiko regionaler Ungleichgewichte und «Hunting Grounds», wenn keine Quotenvorgaben oder Koordinationsmechanismen greifen.

Die Vorlage baut auf bestehenden Strukturen auf und verspricht Kosteneffizienz, erfordert aber ein verbindliches Finanzierungsmodell für Kantone sowie wirksame Controlling-Instrumente. Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Kosten der Bewilligungen für Schutzstatus S zu begrenzen. Es gilt, durch effiziente Verfahren und schlanke IT-Lösungen die administrativen Kosten nachhaltig zu senken. Fehlende Sanktionen bei Nichterfüllung von Integrationspflichten und unzureichend konkretisierte Rückkehrperspektiven schwächen die Durchsetzungsfähigkeit.

Um in der Schweiz ausgebildete Talente zu halten, begrüßen wir die Befreiung der Vorrangprüfung für Tertiär B-Absolvierende sowie Postdoktorierende und die befristete Stellensuche-Aufenthaltsbewilligung. Die Mobilität fördert Innovation, Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Als ressourcenarmes Land sind wir auf diesen Innovationsmotor angewiesen. Allerdings fordern wir auch die Möglichkeit einer (zumindest teilweisen bzw. vorläufigen) Zulassungsprüfung bereits vor Studienabschluss (vgl. Ziff. 1.2. lit. d Bericht), da sie die Planungssicherheit für Studierende und Arbeitgeber erheblich stärken würde.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer